

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, kündigt stärkere Aktivitäten seiner Partei in der Friedensbewegung an: Vermeintliche Kluft. Seite 1

Jürgen Böderich MdL schildert, wie der bayerische Ministerpräsident mit einem seiner Vorgänger verfährt: Der Totengräber der Liberalität will vom Gründer des Freistaates nichts wissen. Seite 3

Robert Anretter MdB würdigt das Nahverkehrsmodell Hohenlohe-Kreis: Erstes flächendeckendes Nahverkehrsangebot erfolgreich. Seite 4

Dokumentation

Ansprache Herbert Weichmanns zum 100. Geburtstag von Ernst Heilmann. Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 71

13. April 1981

Vermeintliche Kluft

Die SPD will in der Friedensbewegung eine stärkere Rolle spielen

Von Dr. Peter Glotz MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

In der Bundesrepublik hat sich eine breite Friedensbewegung formiert. Ein wichtiger Bestandteil davon wird von christlichen Gruppen gestellt. Für die SPD ist damit eine Situation entstanden, die zu gründlichem Nachdenken Anlaß gibt. Was wir jetzt brauchen, ist weniger ein neues Papier zu einem schon vorhandenen, sondern die Entwicklung von Dialogmöglichkeiten mit den Befürwortern einer "alternativen" Sicherheitspolitik. Die SPD vereinigt auf sich Erwartungen in Richtung Abrüstung, wie sie keine andere Partei in der Bundesrepublik vorzuweisen vermag. Das verpflichtet.

Sozialdemokraten brauchen sich in der Abrüstungsfrage nicht zu verstecken. Im Gegenteil. Es gibt keinen Aspekt einer uns von den Friedensgruppen entgegengehaltenen "alternativen" Sicherheitspolitik, den wir nicht auch schon unter uns diskutiert hätten. In den großen Zielen sind wir uns weitgehend einig; wo wir - teilweise heftige - Auffassungsunterschiede haben, ist die Frage des "Wie". Wir werden dieser härteren Gangart in der Auseinandersetzung nicht ausweichen.

Ich mache mir keine Illusionen. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, soweit sie nicht durch einseitige Interessenvorschaltung auf einem Auge blind ist, stellt an die SPD ähnliche Anforderungen der Integrationsbemühung, wie es Ende der 60er Jahre bei der antiautoritären Bewegung der Fall war. Nicht im Sinne eines aalglatten Umarmungsversuches, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine sicherheitspolitisch wirklichkeitsbezogene Friedensbewegung zusammen mit der Sozialdemokratie die an diesem Punkt in der Regierung Verantwortlichen zu unterstützen vermag. Alles andere würde einer Aufsplitterung der Kräfte gleichkommen und damit der Atomisierung eines dauerhaften Friedens.



Die SPD-Führung hat sich von dem ganzen Umfang dieser Friedensbewegung überzeugt und einige wichtige Schritte vorgesehen, sich und die Partei auf den großen Dialog mit einer "alternativen" Sicherheitspolitik vorzubereiten.

Zunächst einmal wollen wir auf einer sicherheitspolitischen Klausur des Parteivorstandes Mitte Mai auf der Grundlage unseres - leider noch viel zu wenig bekannten Parteitagsbeschlusses aus dem Jahre 1979 die Prioritäten für diese Diskussion abstecken. Für die öffentliche Auseinandersetzung werden wir dann vor Eintritt in die parlamentarische Sommerpause die "Eckwerte" zur Verfügung haben, und zwar rechtzeitig vor dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg. Dieser Kirchentag erscheint uns über die theologische Seite hinaus ein wichtiges Datum zu werden, weil er ein erster Kulminationspunkt der Friedensbewegung im protestantischen Bereich in diesem Jahre sein wird.

Wir werden dann im Herbst versuchen, im Rahmen einer kleinen Tagung mit Vertretern der "alternativen" Sicherheitspolitik aus den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen das Gespräch zu vertiefen. Nach dieser Fachtagung wollen wir unsere internen Überlegungen aktualisieren. Dies wird zu einem Zeitpunkt sein, für den wir mit dem organisatorischen Höhepunkt der Friedensbewegung, zum Beispiel in den Kirchen rechnen.

Bis dahin muß die Partei inhaltlich und organisatorisch vorbereitet sein. Ein gutes Stück Arbeit liegt vor uns.

Schon jetzt lassen sich einige Punkte nennen, die sicherheitspolitisch in der Auseinandersetzung mit diesen Gruppen stark aufgearbeitet werden müssen:

1. Wir müssen von der bloß emotionalen Auseinandersetzung mit sogenannten pazifistischen Gesinnungen wegkommen. Wir werden die Verfechter der Überzeugung, daß der Verzicht auf jegliche Rüstung der einzig sinnvolle Weg sei, dazu herausfordern, sich den realpolitischen Bedingungen von Kriegsverhütung heute zu stellen.
2. Keine politisch unkalkulierbaren Vorleistungen vor Verhandlungen. Wichtigstes Ziel für uns ist es, zu Verhandlungen zu kommen, ohne vorhandene sicherheitspolitische Faustpfänder aus der Hand zu geben. Am Ende dieser Verhandlungen freilich muß ein Weg zur abgestuften Rüstungskontrolle sichtbar werden.
3. Der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr muß an die gegenwärtige sicherheitspolitische Diskussion stärker angekoppelt werden. Wir dürfen nicht nur über die nukleare Seite der Sicherheitspolitik diskutieren, sondern auch über die konventionelle, wozu denn auch das Thema Bundeswehr gehört.

Die SPD will in der Friedensbewegung eine stärkere Rolle spielen. Die vermeintliche Kluft zwischen "etablierter" und "alternativer" Sicherheitspolitik muß rational überbrückt werden.
(-/13.4.1981/hl/ca)

+ + +



Strauß kontra Eisner

Der Totengräber der Liberalität will vom Gründer des Freistaates nichts wissen

Von Jürgen Böddrich MdL

Stellvertretender Vorsitzender von SPD-Landtagsfraktion und SPD in Bayern

In kritischen Anmerkungen zum "Freistaatlichen Geschichtsbewußtsein", die an die bombastischen Feiern zum Wittelsbacher Jahr 1980 anknüpfen, sagte kürzlich der Historiker und Journalist Dr. Peter Kritzer im Bayerischen Rundfunk: "Die Anregung möge gestattet sein, daß der Freistaat Bayern das in den nächsten fünf Jahren anstehende Defizit an historischen Feiern dazu nutze, seiner eigenen freistaatlichen - oder republikanischen - Geschichte zu gedenken. Darin hat er sich bisher große Zurückhaltung auferlegt." Kritzer erinnerte daran, daß beispielsweise die Ausrufung des Freistaates durch Kurt Eisner in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 den Freistaat Bayern zu keinen wahrnehmbaren Akten der Erinnerung veranlaßt habe. Und: "Der Freistaat stürzt sich in materielle und emotionale Unkosten für die Geschichte des Hauses Wittelsbach, aber nicht für die eigene." (Es sei daran erinnert, daß die Wittelsbach-Ausstellung annähernd 15 Millionen Mark kostete.)

Peter Kritzer wurde nunmehr die Antwort auf seine Anregungen zuteil. Ministerpräsident Strauß, dessen erster Vorgänger Kurt Eisner war, sagte auf dem oberbayerischen CSU-Bezirksparteitag, die Forderung der SPD, Kurt Eisner ebenso zu feiern wie die Wittelsbacher, sei "lächerlich". Es darf als gesichert betrachtet werden, daß Strauß für Kurt Eisner nicht nur keine 15 Millionen, sondern keine müde Mark zur Erinnerung auszugeben bereit ist. Schließlich hat Eisner die bayerische Monarchie beendet, die Strauß in der Form einer Autokratie wieder einzuführen bemüht ist.

Diese neue bayerische Herrschaftsform besteht in Massenverhaftungen, in willkürlichen und verfassungswidrigen Beamtenabsetzungen (Wolf!), in Maßregelungen und Verfolgung junger Menschen (bayerische Praxis des Radikalenerlasses, Wapperlaffäre, Absenzregelung), in versuchter Zeitungszensur, im Ruf nach Polizeiaufrüstung, in der Verteufelung von gewaltlosen Hausbesetzern als Terroristen. Der von Kurt Eisner, einem engagiert für Gewaltlosigkeit eintretenden Idealisten, gegründete Freistaat droht unter Strauß zu einem Nach-Wittelsbacher Obrigkeitsstaat zu verkommen. Strauß hat Aussichten, als Totengräber der Liberalität in Bayern in die weiß-blaue Geschichtsschreibung einzugehen. (Ihn wird's nicht stören, besteht doch die Geschichtsbetrachtung des CSU-Vorsitzenden ausschließlich in Monologen und Selbstbeweihräucherung, wie man beispielsweise in seinem sogenannten "Gespräch" mit Golo Mann im letzten Jahr sehen konnte.)

In seiner Eisner-Würdigung sagte Strauß auch, es sei eine Schaden für das bayerische Parlament, wie sich Vertreter der heutigen SPD-Landtagsfraktion äußerten. Nun, im Gegensatz zur CSU-Fraktion, die sich von Strauß, wie unlängst und immer wieder geschehen, in öffentlichen Versöhnungsfeiern verhöhnen läßt, ist die SPD bereit, die Schande zu ertragen, Strauß als das zu bezeichnen, was er ist: Als Totengräber der Liberalität im Freistaat Bayern.
(-/13.4.1981/vo-he/ca)

+

+

+



Erstes flächendeckendes Nahverkehrsangebot erfolgreich

Nahverkehrsmodell Hohenlohe-Kreis nach zweijährigem Probelauf 70 Prozent Kostendeckung

Von Robert Anretter MdB

Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat die Haushaltsmittel für das Nahverkehrsmodell Hohenlohe für das Jahr 1982 von ursprünglich vorgesehenen DM 852.000 auf DM 2.352.000 aufgestockt. Damit ist sichergestellt, daß das erfolgreich ange-laufene Modell konsequent weitergeführt werden kann.

Das Nahverkehrsmodell Hohenlohe-Kreis ist in das Forschungsprogramm "Stadtverkehr" des Bundesministeriums für Verkehr eingebunden. Im Rahmen dieses Forschungsprogramms werden Fragen der öffentlichen Personennahverkehrs(ÖPNV)-Organisation, des ÖPNV-Rechts und der ÖPNV-Betriebswirtschaft anhand von Modellvorhaben erkundet. Der Bundesminister für Verkehr hat diese Forschungsarbeit dreigeteilt. Während in den Ballungsräumen zum Beispiel die Verkehrsverbünde Stuttgart, München und Rhein-Ruhr Erfahrungen erbringen, wird der ÖPNV in mittleren Verdichtungsräumen in Lippe-Detmold (NRW), Tübingen (Baden-Württemberg) und vor allem im gesamten Saarland erforscht. Auch in diesen Gebieten sind nach gründlicher Vorbereitung (Forschung und Planung) Probeläufe zur Erkundung praktischer Erfahrungen vorgesehen. Im ländlichen Raum erfolgt diese Forschung im Hohenlohe-Kreis (Baden-Württemberg).

Mit dem Nahverkehrsmodell Hohenlohe wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik für einen dünn besiedelten Landkreis (Einwohnerdichte 106) ein flächendeckendes Nahverkehrsangebot mit Anschluß aller Wohnplätze ab 50 Einwohner geplant und erprobt. Mit den 350 angefahrenen Wohnplätzen werden 99 Prozent der Bevölkerung erreicht, und zwar mit mindestens neun Fahrtenpaaren pro Tag in jede Richtung, einheitlichem Liniennetz, Zonentarifgestaltung und Einbeziehung der Schülerbeförderung.

Es handelt sich um eine Forschung, bei der auf ganz wenige Erfahrungen und Erkenntnisse zurückgegriffen werden kann, weil öffentlicher Personennahverkehr im ländlichen Raum in dieser Form bisher weder geplant noch erprobt wurde.

Dem Forschungsprojekt des Bundesministers für Verkehr liegt der Auftrag zugrunde, Möglichkeiten zur Sanierung des öffentlichen Personennahverkehrs in verkehrsschwachen ländlichen Räumen zu untersuchen. Über einen Planungszeitraum von mehr als fünf Jahren wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik für den ländlichen Raum ein geschlossenes Nahverkehrskonzept entwickelt, das von den Erfordernissen einer Anpassung der Verkehrsbedienunng an die zentralörtlichen Verflechtungen ebenso ausgeht wie der Anbindung an die Schiene im Regional- und Fernverkehr. Weitere Grundsätze des Modells



sind die flächendeckende Erschließung des ganzen Landkreises und die Integration von Schüler- und Berufsverkehr. Das Ganze unter optimaler Ausnutzung von Personal und Fahrzeugen der Beförderungsunternehmen.

Das Nahverkehrsmodell Hohenlohe will die Bevölkerung mit der "Dienstleistung ÖPNV" in allen Lebensbereichen, also Arbeit, Ausbildung, Versorgung, Kultur und Freizeit versorgen. Damit werden drei Ziele verfolgt:

1. Ein strukturelles und kommunales Ziel

Die Integration des Landkreises, also die Verbindung aller Ortsteile mit dem Hauptort, die Verbindung aller Gemeinden mit ihrem Unterzentrum oder Mittelzentrum sowie die Verbindung der Mittelzentren miteinander und damit gute Verkehrsverbindung für den Schülerverkehr (auch für Schulnebenbereiche wie Arbeitsgemeinschaften, Sport, Musik und so weiter), für den Berufsverkehr und für den Versorgungsverkehr (Einkaufs- und Besuchsverkehr); somit also für die Abdeckung sämtlicher Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung.

2. Ein rechtliches und organisatorisches Ziel

Die freiwillige Kooperation aller am Nahverkehr im Hohenlohe-Kreis beteiligten Unternehmen mit einem Fahrplan und Wagenplan, einheitlicher Tarifstruktur und Zoneneinteilung, der Einführung von Fahrtakten in weiten Bereichen des Kreises sowie der Versorgung aller Wohnplätze über 50 Einwohner, also insgesamt 95 Prozent der Bevölkerung des Kreises mit mindestens acht Fahrtenpaaren am Tag.

3. Ein wirtschaftliches Ziel

Darunter wird verstanden die Durchführung des Modells in einem vertretbaren wirtschaftlichen Bereich im Sinne öffentlicher Betriebswirtschaft, das heißt mit einem vertretbaren wirtschaftlichen Engagement der öffentlichen Hand unter Berücksichtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung, also dem sozialen Nutzen.

Nach einem zweijährigen Probelauf kann festgestellt werden, daß das Nahverkehrsmodell Hohenlohe mit einem Kostendeckungsgrad von derzeit 70 Prozent arbeitet. Dabei muß berücksichtigt werden, daß innerhalb des Probelaufs eine forschungsbedingte Vorhaltung von Verkehrsleistungen erfolgt. Auf rund 10,8 Millionen DM beläuft sich der jährliche Ausgabenbetrag für das Modell. Davon werden rund 6,8 Millionen DM eingefahren. Der verbleibende Rest von rund drei Millionen DM wird während des vierjährigen Probelaufs mit Zuschüssen von Bunde (50 Prozent), Land (40 Prozent) und Hohenlohe-Kreis (zehn Prozent) abgedeckt.

Um das Nahverkehrsmodell Hohenlohe wirtschaftlich zu sichern und von der Verkehrsvorhaltung zu einem bedarfsorientierten Nahverkehr zu kommen, wurden einige einschränkende Maßnahmen vorgenommen, die das Verkehrsangebot gegenüber der Modellphase um vier Prozent reduzieren, dafür aber zwei Millionen DM mehr Fahrgeldeinnahmen und damit nach aller Vorausberechnung die im Vergleich zu allen anderen Nahverkehrseinrichtungen der Bundesrepublik beispielhafte Kostendeckung von etwa 90 Prozent erbringen wird.

(-/13.4.1981/bgy/oa)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Auf einer Gedenkveranstaltung zum 100. Geburtstag des von den Nazis ermordeten Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten im Preußischen Landtag, Ernst Heilmann, hält am heutigen Montagabend der frühere Hamburger Bürgermeister Professor Herbert Weichmann folgende teilweise dem "Biographischen Lexikon des Sozialismus" von Franz Osteroth entnommene Ansprache.

Wahren Sie den demokratischen Grundkonsens!

Als Ernst Heilmann, der einstige sozialdemokratische Fraktionsführer im preußischen Landtag, den seine Gegner den "ungekrönten König von Preußen" nannten, am 3. Mai 1940 im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde, lag ein siebenjähriger Leidensweg von unausdenkbaren Qualen und Erniedrigungen hinter ihm.

Heilmann, am 13. April 1881 in Berlin geboren, hatte Rechts- und Staatswissenschaften studiert. 1902 legte er das erste juristische Examen ab. Nachdem seinen Vorgesetzten bekannt wurde, daß Heilmann der Sozialdemokratie beigetreten war, blieb ihm der Weg in den Staatsdienst versperrt, obwohl er als sehr fähiger Verwaltungsjurist galt.

Er wurde Journalist. Von 1903 bis 1907 war er Parlamentsberichterstatler. 1907 trat er in die Redaktion der sozialdemokratischen "Volksstimme" in Chemnitz ein. Von 1909 bis 1917 Chefredakteur, verschafften ihm seine Redaktionsgesatltung und seine glänzend geschriebenen Artikel hohes Ansehen. In jenen Jahren veröffentlichte Heilmann auch sein "Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung".

In den ersten Weltkrieg zog Heilmann, der Jude war, als Freiwilliger. Eine schwere Verwundung kostete ihm ein Auge. In die Heimat zurückgekehrt, übernahm er 1917 die Leitung der "Sozialistischen Parteikorrespondenz" und wurde Mitgründer des "Reichsbundes der Kriegsbeschädigten". Seine nationale Haltung, die selbst sozialdemokratischen Verfechtern der Landesverteidigung oft überbetont vorkam, brachte er besonders in der von Dr. Helphand-Parvus gegründeten, von Heilmann herausgegebenen rechtssozialistischen Zeitschrift "Die Glocke" zum Ausdruck.

1919 wurde Heilmann in die Verfassungsgebende Landesversammlung Preußens gewählt. Er war danach Abgeordneter aller preußischen Landtage bis zum Jahre 1933. Die preußische Politik, die Heilmanns spezielles Arbeitsfeld wurde, stellte ihm große Aufgaben. Als sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender hielt er mit großem taktischen Geschick, mit Hilfe guter persönlicher Verbindung zu den bürgerlichen Koalitionspartelen, die parlamentarische Grundlage für die Preußen umgestaltende Regierung seines Parteifreundes Otto Braun zusammen. Seinen Gegnern von rechts und links trat der glänzende, schlagfertige Redner stets furchtlos entgegen.

1929 bis 1933 redigierte Heilmann die Wochenzeitschrift "Das freie Wort", die als Diskussionsorgan der Sozialdemokratie geschaffen worden war. Er zählte zu den wirkungsvollsten Rednern im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus.

Entgegen dem Rat seiner Freunde weigerte er sich, Deutschland rechtzeitig zu verlassen und hielt sich nicht für mehr bedroht als andere linke Parteiführer. Im Juli 1933 wurde Heilmann verhaftet. Er kam zuerst ins KZ Oranienburg, dann in das berüchtigte Moorlager Börgermoor, wo ihn die SS-Leute wie einen Hund an die Kette legten. Himmel selbst behielt sich die endgültige Verfügung über das Schicksal Heilmanns vor.

Der gequälte Mann ging einmal, um sein Leben zu beenden, aufrecht durch die Postenkette des Lagers. Dabei wurde ihm mehrere Male das rechte Bein durchschossen. Seitdem hinkte er schwer, da das Bein nach der Heilung acht Zentimeter kürzer geworden war.

Heilmann kam später ins KZ Dachau und wurde von dort im September 1938 mit 2.500 Juden in das KZ Buchenwald transportiert. In Walter Pollers Erlebnisbericht "Arztschreiber in Buchenwald" und Eugen Kogons Buch "Der SS-Staat" sind die unsagbaren Leiden Heilmanns beschrieben worden. Die SS hetzte sogar dressierte Bluthunde auf den Unglücklichen, die ihm Hände und Beine zerfloischten.

Im Februar 1940 bekam Frau Heilmann eine Besuchserlaubnis. Ehe sie davon Gebrauch machen konnte, erhielt sie die Nachricht, daß ihr Mann "verstorben" sei. Er war im Bunker halbtot geschlagen und dann mit einer Injektion von Chlorhydrat "abgespritzt" worden.

Er war am 31. März 1940 "zum Tor" gerufen worden und sofort in den Bunker gewandert. Jedermann wußte, daß er nicht mehr wiederkommen werde. Die SS ließ zwar im Lager das Gerücht verbreiten, Heilmann habe es gut, er bekomme im Bunker alle möglichen Vorteile, aber bereits am 4. April wurde seine Leiche ins Krematorium gebracht.

Seine Leiche wurde nicht freigegeben. Frau und Tochter Heilmanns durften von dem heuchlerisch mit Blumen zugedeckten Toten Abschied nehmen, wobei der Lagerführer aus dem ärztlichen Bericht vorlas, daß "ausgesprochene Altersschwäche" die Todesursache gewesen sein. Die Urne mit der Asche des Toten wurde in Berlin-Stahnsdorf nahe der Grabstätte Dr. Rudolf Breitscheids beigesetzt.

Einen erschütternden Bericht über Heilmann im Lager und sein Martyrium dort hat Walter Pollers in einem Artikel unter dem Titel "Arztstreiber in Buchenwald" im August 1945 veröffentlicht.

Lassen Sie mich einige Äußerungen von Heilmann und einige Begebenheiten hier wiedergeben - als Streiflichter aus der Sicht eines Zeit- oder Leidensgenossen:

Im Wahlkampf 1921:

Heilmann sah höchst beunruhigt auf eine Reichsregierung, die durch Interessenkonflikte und Parteigegensätze gekennzeichnet war und rief so besorgt aus:

"Ich will Ihnen sagen, was die Reichsregierung ist: Sie ist ein Gemisch aus Unfähigkeit und Korruption."

Am 4. April 1921 vor Einberufung des Landtags zum 9. April mit dem Tagesordnungspunkt "Wahl des Ministerpräsidenten":

Heilmann schlug vor eine Koalition von SPD und Zentrum mit der Deutschen Volkspartei. - Falls diese unzweideutig sich zu der republikanischen und demokratischen Regierung bekannte, mit dem Zitat aus Shakespeare "Die Not schafft sonderbare Schlafgenossen".

Aber als es um die Frage der Großen Koalition, also mit der Deutschen Volkspartei ging, wollte sie Heilmann nicht, weil sie die von ihm gewünschte Einigung mit der SPD ausgeschlossen hätte. Sie kam auch nicht zustande.

In der Preußischen Koalition von SPD, Demokraten und Zentrum kam der Zusammenarbeit zugute, daß Hess und Heilmann auf ungewöhnlich gutem Fuß miteinander standen. So hatte Otto Braun auch in beiden, Heilmann und Hess, eine verlässliche Basis, nämlich zwei Männer, die die Fraktionen hinter ihn brachten.

In der Frage des Verhältnisses von Landtag und Staatsrat dachte Hugo Preuss, der Vater der Verfassung von Weimar, an den Staatsrat als eine Vertretung der Provinzen durch Provinznotable - aber Heilmann meinte hierzu ironisch: Der Kollege Preuss habe wohl in die Republik ein wenig hineingeträumt, "da die Provinziellandtage nicht mehr aus Honoratioren, sondern aus gewählten Volksvertretern bestanden wie der Landtag selbst!"

Nach Severings Rücktritt im September 1926 wollte die Fraktion als Nachfolger den früheren, jedoch im Januar 1925 gestürzten, Oberbürgermeister von Hannover, Leinert, haben. Heilmann wollte aber Grezinski. Er setzte sich aber damit nicht durch und quittierte seine Niederlage, indem er seinen Vorsitz in der Fraktion niederlegte.

Nach der Sommerpause wählte Mitte September 1926 die Fraktion erneut Heilmann zum Vorsitzenden, und Braun ernannte Grezinski zum Nachfolger von Severing.

Nach den Reichstagswahlen 1928 erhob sich die Frage, ob Otto Braun Kanzler werden und das Zentrum den Posten des Ministerpräsidenten besetzen sollte. Heilmann war dagegen, weil mit der engen Verbindung zum Reich die im Reich herrschende Instabilität der Regierungsverhältnisse auf Preußen übertragen werden würde. Die Frage löste sich dadurch, daß Braun wegen seines Gesundheitszustandes nicht wollte und auch, weil er Hermann Müller nicht verdrängen wollte, der seinerseits gern Kanzler werden wollte!

Im Oktober 1928 entstand die Frage, ob auch in Preußen eine große Koalition gebildet werden sollte. Braun mit Heilmann und Hess vereitelte diese Bildung listig! Das Konzept

stammte von Heilmann. In der Verteilung der Ressorts auf die Parteien wurde keine Einigung herbeigeführt. Brauns Verhältnis zur Reichsregierung blieb so selbst ungetrübt.

In der sehr heiklen Frage des Konkordats forderte Heilmann die Entlassung des Kultusministers Becker und seinen Ersatz durch ein SPD-Mitglied als Voraussetzung für die Zustimmung zum Konkordat. Dazu kam es angesichts des Widerstandes in der Öffentlichkeit nicht, aber bei Gelegenheit einer Abstimmung in einer anderen Frage, die gegen den Kultusminister ausfiel, sah Braun, daß er Becker nicht mehr halten könne.

Am 13. Oktober 1930 gab es Krawalle seitens der Nazis in Berlin auf dem Ku'damm. Braun entschied sich zur Entlassung des schwachen Innenministers Waentig nach vorheriger Besprechung mit Heilmann, der ihm dringend zurief, Waentig so schnell wie möglich zu entlassen.

Zum Dualismus Reich/Preußen

Auch nach Auffassung Heilmanns war die Existenz zweier Regierungen in Berlin kein Idealzustand. "Aber man mußte doch fragen, was hatte Priorität?", da die Konservative Partei und Brüning nicht rückhaltlos den Staat von Weimar bejahten!

Ernst Heilmann zu Brecht zur Frage einer Reichsreform: "Aber Herr Brecht, in der Politik denke ich immer nur zwei Wochen voraus!"

Zum Tode von Josef Hess

"Auf der unbestrittenen Führerschaft von Dr. Hess in der preußischen Zentrumsfraktion beruht im wesentlichen der feste Zusammenhalt und die glatte Arbeit der Preußischen Koalition. - Und darum reißt der Tod eine Lücke, die auf lange Zeit nicht aufzufüllen ist."

Zur Frage einer Kandidatur von Otto Braun für das Amt des Reichspräsidenten

sagte Heilmann: "Man könnte die Frage ganz getrost in der Öffentlichkeit erörtern", doch hat er hinzugefügt: "Der Fall ist leider völlig unreal und rein phantastisch".

Zur Frage, was nach den Wahlen von 1932 mit dem Zuwachs der Nazis geschehen sollte, sagte Heilmann:

"Selbstverständlich kann Otto Braun die Verantwortung, die er zwölf Jahre getragen hat, nicht jetzt einfach abschreiben, selbstverständlich kann er nicht den ganzen Krepel hinschmeißen und davonlaufen."

Aber Otto Braun konnte und tat es.

Nach Aufhebung des SA-Verbotes im Juni 1932 und der Notverordnung vom 28. Juni waren die Folgen verheerend. Die Preußische Polizei hatte einen schweren Stand gegen die Extremisten von rechts und links. Grezinski verfaßte einen Zeitungsartikel "Was tut die Preußische Staatspolizei?", aber Heilmann verhinderte die Veröffentlichung, um die Reichsregierung nicht zu reizen und zum Einschreiten zu veranlassen - schwer verständlich heute, aber kennzeichnend für die Zeit von damals.

Heilmann war eine nicht leicht zu verstehende Persönlichkeit. Er liebte das Spiel am Spieltisch, und er liebte es in der Politik! Er verstand die Fraktion zu führen, an der Seite von Ernst Hamburger, und hinter den Regierungschef zu stellen, aber - und das war die Schwierigkeit der Zeiten von damals im Vergleich zu heute:

Weimar war eine Demokratie im Verfassungsrecht, aber eine Demokratie ohne Demokraten in der Verfassungswirklichkeit.

Hier in Berlin stehen Sie im Wahlkampf. Beherrzigen Sie die Lehren der Vergangenheit:

Wahren Sie den demokratischen Grundkonsens! Üben Sie Fairness gegenüber dem politischen Gegner, der diesen Grundkonsens respektiert und seinerseits auf Fairness bedacht ist.

Lassen Sie mich mit dem Zitat schließen, das der Bundeskanzler auf dem Kantkongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung als Richtlinie vorgetragen hat:

Handle so, daß die Maxime Deines Willens jederzeit als Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung dienen kann!

Der Sozialdemokrat Heilmann hat in diesem Sinne die sozialdemokratische Aufgabe gesehen und zu verwirklichen getrachtet.

Verantwortlich: Willi Carl